



Presseschau vom 06.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Geworg Mirsajan: Europäische Gasmärchen von der Quellendiversifizierung und ihr jähes Ende – Gazprom alternativlos

Der große europäische Mythos von der grünen Energie ist zerschellt. Nun ist der zweite Mythos, der von der Diversifizierung der Erdgaslieferanten, gerade dabei, an der harten Realität des globalen Marktes und der Geopolitik im Dreieck Nahost-Europa-Türkei zu zerschellen. ...

<https://kurz.rt.com/2prv>

Charlie Stone: Die Leute sollten wieder dazu gebracht werden, über ihre Sexualität einfach zu schweigen

Die "Bewusstseinswoche der Asexualität", in der das Bewusstsein für Asexualität geschärft werden sollte, wurde gekapert, um erotische Dessous zu verkaufen, was zeigt, wie sinnlos diese Kampagne ist. Wie wäre es stattdessen mit einer Woche, in der all das lästige Gerede über Sexualität und Gendern komplett verboten ist? ...

<https://kurz.rt.com/2pqq>

Christian Harde: Meinungsmache in der Praxis: Wollen die Deutschen wirklich härtere Corona-Maßnahmen?

Springers "Welt" präsentiert Ergebnisse der aktuellen Deutschlandtrend-Umfrage. Dabei

schreckt das Blatt vor Demagogie nicht zurück, um breite gesellschaftliche Zustimmung zu einer deutlichen Verschärfung der Corona- und Klimaschutzmaßnahmen zu suggerieren. ...
<https://kurz.rt.com/2psc>

Tom Fowdy: Taiwans "Provokationsdiplomatie" gegen China könnte nach hinten losgehen

Das allzu selbstbewusste Taiwan spielt mit dem Feuer, indem es die Spannungen mit China verschärft. Wie lange wird sich Pekings Geduld noch strapazieren lassen? Die von Taipeh ausgehenden "diplomatischen Provokationen" sind gefährlich und könnten China zu Vergeltungsmaßnahmen nötigen. ...

<https://kurz.rt.com/2psp>

Michail Chodarjonok: Das Rennen um Hyperschall-Waffen ist ein Marathon, kein Sprint: Wer überquert zuerst die Ziellinie?

Die USA scheitern beim Test einer Hyperschallrakete. China meldet, eine Hyperschallrakete erfolgreich getestet zu haben und auch Russland gibt den zweiten erfolgreichen Test seines Hyperschall-Marschflugkörpers Zirkon bekannt. Wer geht in Führung? ...

<https://kurz.rt.com/2pmj>

abends/nachts:

de.rt.com: Dänemark: Russisches Forschungsschiff festgesetzt

Die dänischen Behörden haben in dieser Woche ein staatliches russisches Forschungsschiff festgesetzt. Es wird vom Schirchow-Institut für Ozeanologie zu wissenschaftlichen Zwecken genutzt. Grund hierfür sei ein Rechtsstreit wegen eines Vorfalls vom August 2018.

Ein staatliches russisches Forschungsschiff wurde am 1. November auf Ersuchen eines kanadischen Kreuzfahrtunternehmens, das einen Rechtsstreit mit dem Eigentümer des Schiffes in Kanada führt, in der Hafenstadt Skagen im Norden der Halbinsel Jütland festgesetzt. Es war eine "Vorsichtsmaßnahme in einem von einer dritten Partei angestregten Rechtsstreit", wie es hieß.

Das Schiff Akademik Ioffe wird vom Schirchow-Institut für Ozeanologie betrieben, das zur Russischen Akademie der Wissenschaften gehört. Die kanadische Kreuzfahrtgesellschaft One Ocean Expeditions beantragte diesen Schritt, wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Gerichtsdokumente meldet. Dem Bericht zufolge war die Akademik Ioffe bereits einem früheren Versuch entgangen, sie in Portugal festzuhalten.

One Ocean Expeditions reichte demnach in Kanada eine Klage gegen den Eigentümer der Akademik Ioffe ein, um Schadensersatz für einen Vorfall am 24. August 2018 zu erhalten, bei dem das Schiff, das damals an den Reiseveranstalter für arktische Kreuzfahrten vermietet worden war, während einer Reise im Norden Kanadas auf Grund gelaufen war.

One Ocean Expeditions behauptet, die Schiffsbesatzung habe "Seekarten nicht beachtet", und fordert Schadensersatz in Höhe von 6,14 Millionen US-Dollar. Der Schiffskapitän sagte den örtlichen Behörden, er wisse von der Grundberührung, sei aber der Meinung, die Angelegenheit sei erledigt, heißt es in den Gerichtsunterlagen.

"Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft untersucht die Einzelheiten des Vorfalls mit dem Schiff 'Akademik Ioffe', das unter der operativen Kontrolle des Schirchow-Instituts für Ozeanologie steht", hieß es vom russischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft.

Die russische Botschaft in Kopenhagen teilte mit, sie habe "Kopien der Gerichtsentscheidungen erhalten, auf deren Grundlage die Festnahme (des Forschungsschiffs) erfolgt ist". Mitarbeiter der russischen Botschaft stehen in dieser Angelegenheit in Kontakt mit dem dänischen Außenministerium.

Laut einem Bericht der russischen Zeitung Iswestija vermietete das Schirchow-Institut für

Ozeanologie, dem das Schiff damals gehört hatte, es einige Jahre an das kanadische Reiseunternehmen One Ocean Expeditions. Dieses soll Expeditionsreisen in die Arktis und Antarktis für wohlhabende Bürger organisiert haben, indem Fahrten auf Meeresforschungsschiffen gemietet wurden. Im Jahr 2019 wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien jedoch ausgesetzt, nachdem die Akademik Ioffe vom russischen Bildungsministerium übernommen worden war.

Das kanadische Unternehmen ging daraufhin in Konkurs und zahlte dem Charterer die Kosten für Treibstoff und Liegeplatz nicht. Wegen dieser Schulden sei das Schiff in Dänemark festgehalten worden, teilte das Institut für Meereskunde laut Sputnik mit.

An Bord des russischen Forschungsschiffs befanden sich zum Zeitpunkt der Festsetzung in Skagen 38 Besatzungsmitglieder und 23 Wissenschaftler, teilte die russische Botschaft in Kopenhagen gegenüber RIA Nowosti mit.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61856724b480cc3a64151ffa.jpg>

de.rt.com: **Peking kritisiert USA für Heraufbeschwörung einer "China-Gefahr"**

Die diplomatischen Vertreter der Volksrepublik haben die jüngsten Versuche Washingtons, eine Bedrohung durch China heraufzubeschwören, scharf kritisiert. Die USA würden selbst maßgeblich zur Destabilisierung in der Region beitragen.

Peking hat bei den Vereinigten Staaten Protest gegen die US-Kritik am Aufbau eines chinesischen Atomwaffenarsenals eingelegt und die Vorwürfe als unbegründet zurückgewiesen. Der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, Wu Qian, betonte, dass Peking eine ausschließlich defensive Politik verfolge, die auf die Wahrung seiner nationalen Souveränität abziele. China habe nicht vor, irgendein Land anzugreifen oder die regionale Stabilität zu gefährden.

Der Beamte kritisierte den jüngsten Bericht des Pentagons über China. Er warf Washington vor, die Fakten zu ignorieren, das Dokument mit antichinesischen Vorurteilen zu füllen und eine illusorische "chinesische militärische Bedrohung" zu erfinden. Auch die an Peking gerichtete Kritik des Pentagons wegen des Aufbaus seines Atomwaffenarsenals sei "unbegründet".

Gleichzeitig wies der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums darauf hin, dass Washington durch den Aufbau seines eigenen Atomwaffenarsenal sowie durch Cyber-Operationen und den Rückzug aus wichtigen Rüstungskontrollverträgen wie dem INF-Vertrag selbst wesentlich zur Destabilisierung des Weltfriedens und der Sicherheit beigetragen habe. Auch die Tatsache, dass die USA erst vor Kurzem einen neuen Militärpakt mit Australien und Großbritannien abgeschlossen hatten, verurteilte Peking wiederholt als "unverantwortlich". Es sieht darin einen Verstoß gegen die Grundsätze der Nichtverbreitung von Kernwaffen. Nach den Bestimmungen dieses Abkommens sollen die USA Australien die Technologie zum Antrieb ihrer atomgetriebenen U-Boote zur Verfügung stellen.

Zuvor hatte das Pentagon dem US-Kongress seinen Jahresbericht vorgelegt. Darin räumte es ein, dass die aggressive Politik Washingtons gegenüber China Peking zu der Befürchtung veranlasst hätten, ein Krieg zwischen den beiden Ländern könnte unmittelbar bevorstehen. Das wiederum habe Peking angespornt, die Aufrüstung seiner Atomwaffen zu beschleunigen. In dem Bericht wird China als eine der größten militärischen Bedrohungen für die USA dargestellt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618562c0b480cc3ba67a5685.jpeg>

de.rt.com: **Google: Angestellte wehren sich gegen Pläne, das Pentagon zu unterstützen**

Für die Google-Muttergesellschaft Alphabet könnte sich ein Cloud-Computing-Vertrag mit dem Pentagon als lukrativ erweisen, wäre da nicht der Widerstand seiner Mitarbeiter. Erneut wehren sich diese gegen eine Kooperation mit dem US-Verteidigungsministerium. Drei Jahre zuvor hatte ein Protest der Google-Mitarbeiter einen Vertrag zwischen dem Konzern und dem US-Verteidigungsministerium verhindert. Anfang der Woche berichtete die New York Times (NYT), die Muttergesellschaft Alphabet habe sich "aggressiv" um den Joint Warfighting Cloud Capability (JWCC)-Vertrag des Verteidigungsministeriums (DoD) bemüht. Nach Ansicht der NYT betrachtet der Konzern den Vertrag als Priorität.

Die Initiative – ein Nachfolger des gescheiterten "War Cloud"-Projekts des Pentagon – zielt offenbar darauf ab, "künstliche Intelligenz zu nutzen, um einen Vorteil auf dem Schlachtfeld zu erlangen".

Als Reaktion auf den Bericht veröffentlichte die Alphabet Workers Union einen Tweet und drückte darin ihre Frustration darüber aus, dass Google nur an sein "Endergebnis" denke, und versprach, dass ihre "Arbeiter dagegen kämpfen (...) und wieder gewinnen". Die Mitarbeitergewerkschaft hat Berichten zufolge rund 800 Mitglieder.

Es ist nicht überraschend, dass Google sich auch weiterhin um lukrative Verträge mit dem Verteidigungsministerium bemüht. So sollen sie jahrelang Organisatoren gefeuert und die Transparenz eingeschränkt haben, weil diese dem Profit im Wege standen.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Insider machten sich einige Mitarbeiter in internen Foren über Alphabet lustig und veröffentlichten Memes über das neue Bestreben des Verteidigungsministeriums auf der Plattform Memegen. In einem Meme soll der Google-Vorstandsvorsitzende Sundar Pichai das Unternehmen in Pentagon umbenannt haben – in Anspielung auf Mark Zuckerberg und dessen Metaverse-Ambitionen für Facebook. In einem Mitarbeiter-Memo heißt es:

"Es gibt einen Punkt, an dem ein Unternehmen genug verdient und nicht im Namen des ewigen Wachstums seine Moral kompromittieren sollte."

Vor drei Jahren hatten rund 4.000 Mitarbeiter Pichai aufgefordert, das Projekt Maven-Programm zu beenden. Bei diesem hatte Google maschinelles Lernen zur Analyse der Zielfähigkeit von US-Drohnen eingesetzt. Obwohl das Unternehmen erklärt hatte, dass seine

Technologie nur für "nicht offensive Zwecke" eingesetzt worden sei, hatte die interne Empörung es gezwungen, den Vertrag mit dem Pentagon nicht zu verlängern und eine Reihe ethischer Richtlinien für künftige militärische Arbeiten im Bereich der künstlichen Intelligenz zu veröffentlichen, die unter anderem vorsehen, keinen "allgemeinen Schaden" zu verursachen.

Google war schließlich aus dem Joint Enterprise Defense Infrastructure-Vertrag des Pentagons ausgeschieden. Am Dienstag aber traf sich der CEO von Google Cloud Thomas Kurien mit dem Generalstabschef der Air Force General Charles Q. Brown, um dafür zu werben, dass das Unternehmen am JWCC-Vertrag teilnimmt. Es bleibt unklar, ob der JWCC-Vertrag die erklärten Prinzipien von Google verletzen würde, und das Unternehmen äußerte sich noch nicht zu spezifischen Anwendungsfällen für seine Technologie. Ein Sprecher erklärte gegenüber Insider, man sei "fest entschlossen", das Verteidigungsministerium und andere Kunden des öffentlichen Sektors zu bedienen.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2021.11/article/618520b948fbef527953e44a.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. November 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Frunse, Nikolajewka und Solotoje-5 wurden mit 82mm- und 120mm-Mörsern sowie Antipanzergrenatwerfern beschossen (**insgesamt 23 Geschosse**).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 5. November 3:00 Uhr bis 6. November 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Mineralnoje, Staromichajlowka, Styla, Sachanka**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen

wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueereinstellung ein.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 18.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 5 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Auf Grundlage einer Gates-finanzierten Studie: ARD-"Faktenfinder" nennt RT DE "Virus"**

Der ARD-"Faktenfinder" hat RT DE in einem neuen Beitrag als "Virus des Misstrauens" bezeichnet – eine interessante Formulierung. Er wirft RT DE vor, "russische Propaganda" zu verbreiten und beruft sich dabei auf die Analyse einer NGO namens Institut für strategischen Dialog (ISD).

In einem neu veröffentlichten Artikel mit dem Titel "Ein Virus des Misstrauens" geht der ARD-Journalist Patrick Gensing, Leiter des sogenannten "Faktenfinders" der ARD-Tagesschau, gegen RT DE in die Offensive. Mit seinem Vergleich greift er auf eine historisch höchst problematische Sprache zurück, die die Journalisten von RT DE mit Krankheitserregern gleichsetzt. Gensing eröffnet den Artikel mit folgendem Wortlaut: "Es ist seit Jahren bekannt und dokumentiert, dass die russische Propaganda in den USA, Deutschland und anderen Ländern gezielt versucht, Stimmungen zu schüren. Während der Corona-Pandemie sind besonders viele Konflikte zu beobachten; Diskussionen über Grundrechtseinschränkungen und Impfungen führen zu einer Polarisierung und zum Teil zu einer Radikalisierung. Diese Konflikte werden durch russische Propaganda weiter angeheizt." Welche "russische Propaganda" meint Gensing konkret, mit der "gezielt versucht wird, Stimmungen zu schüren"? Er macht dies weder deutlich, noch nennt er im weiteren Verlauf seines kurzen Beitrags ein einziges Beispiel. Er verweist jedoch auf "eine Datenanalyse des Instituts für strategischen Dialog (ISD), aus der hervorgeht, dass RT DE einer der wichtigsten Stichwortgeber für Corona-Leugner und Impfgegner ist." Selbstverständlich wird in dem Beitrag von Gensing betont, dass die Inhalte von RT DE auch von "Rechtsextremisten" geteilt würden.

Aber was genau wirft die Analyse der in London ansässigen NGO eigentlich RT DE vor? Gerade in den zahlreichen Aufrufen einiger Videos des gelöschten YouTube-Kanals sehen die Aktivisten vom ISD eine Bestätigung ihrer Thesen. Dieser Erfolg wird RT DE zur Last gelegt. Gensing greift dazu folgendes heraus:

"Von den 100 meistgeschauten Videos von RT DE enthielten 67 Videos einen Bezug zu Covid-19. Wiederum 61 davon hatten eine kritische Position gegenüber den Corona-Maßnahmen in Deutschland, den USA und anderen Demokratien sowie gegenüber 'westlichen' Covid-19-Impfstoffen."

Das ISD unterschlägt allerdings, dass RT DE auch regelmäßig die Pressekonferenzen der Regierung, des Gesundheitsministeriums und des RKI übertragen und Clips zu ihren Verlautbarungen über die Pandemie und ihre Bekämpfung gezeigt hat. Jedoch trafen diese auf weniger Interesse als jene mit kritischeren Inhalten. In dem für die Untersuchung betrachteten Zeitraum – 01.03 bis 29.07.2021 – hat RT DE Tausende von Videos veröffentlicht, allein im Juli mehr als 600.

Es gibt jedoch einen sehr wichtigen Aspekt der IDS-Analyse, den Gensing in seinem Artikel völlig außer Acht gelassen hat, nämlich: wer die Arbeit der in London ansässigen NGO finanziert. Es überrascht nicht, dass die Liste der Partnerschaften und Geldgeber des IDS wie ein Register von Russlandhassern und -verächtern wirkt.

Ist es für das IDS wirklich möglich, eine unvoreingenommene Analyse von RT DE

durchzuführen, wenn zu seinen Partnern und finanziellen Unterstützern George Soros Open Society Foundations, die Bill & Melinda Gates Foundation, das McCain Institute, die EU-Kommission, Microsoft, Facebook, YouTube, Google, die Außenministerien der USA, Deutschlands, Großbritanniens und Australiens und weitere Gleichgesinnte gehören? Im Jahr 2015 verbot sogar die Russische Föderation die Open Society Foundations des Hedgefonds-Milliardärs George Soros mit der Begründung, dass sie eine Bedrohung für die Staatssicherheit und die russische Verfassung darstellt. In einer von der russischen Generalstaatsanwaltschaft veröffentlichten Erklärung heißt es:

"Es wurde festgestellt, dass die Aktivitäten der Open Society Foundations und der Open Society Institute Assistance Foundation eine Bedrohung für die Grundlagen des Verfassungssystems der Russischen Föderation und die Sicherheit des Staates darstellen." Den Titel der ISD-Analyse – Ein Virus des Misstrauens: Der russische Staatssender RT DE und die deutsche Corona-Leugner-Szene – hat Gensing übrigens stillschweigend als Titel für seinen eigenen Artikel übernommen, ohne auf die Quelle hinzuweisen. Der ARD-Journalist hielt auch nicht für notwendig, guten journalistischen Standards gemäß den Text des ISD zu verlinken. Wir holen das [hier](#) nach. Lesen Sie ihn und ziehen Sie Ihre eigenen Schlüsse.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618659deb480cc606668f98e.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 6. November um 9:00 Uhr 19.115 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 14.561 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 2533 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 5. November wurden in der DVR 1088 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 414 positiv, bei 14 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 6. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 91.135 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
17.132 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 66.944 als gesund entlassen, es gibt 7059 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 163 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 23 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 90 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3607 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1787 mit Sauerstoffunterstützung (+60 in den letzten 24 Stunden). ...

nachmittags:

snanews.de: **Haben keine Alternative zu Dialog – russischer Diplomat zu Missionseigentum in USA**

Die Beziehungen zwischen Moskau und Washington könnten sich nur dann verbessern, wenn Russlands Gesamtbesitz in den Vereinigten Staaten zurückgegeben wird. Das erklärte der Vertreter der russischen diplomatischen Mission in den USA Sergej Koscheljew in einem Interview für den Sender RTVI.

Die USA beschlagnahmten laut Koscheljew seit 2016 sechs russische Objekte auf amerikanischem Boden. Dabei handle es sich unter anderem um Immobilien in New York und Maryland. An diesen Standorten sei ein Wert von Hunderttausenden Dollar geblieben, so der Diplomat. Dabei könne man nicht sagen, in welchem Zustand sie seien, aber sicherlich sollten sie repariert und renoviert werden. Es würde ein großes Problem sein, sie wieder in einen normalen Zustand zu bringen.

„Wir befinden uns in einem ziemlich niedrigen Stadium unserer Beziehungen, das als eine tiefe Krise zu beschreiben ist“, erklärt Koscheljew. „Die Beziehungen sind schwierig, unsere Beziehungen entwickeln sich extrem instabil. Aber wir haben keine Alternative zum Dialog, zum Aufbau von Kontakten und zu einer ruhigen Diskussion aller bestehenden Probleme am Verhandlungstisch.“

Es gebe keine Möglichkeit, zu sagen, dass morgen eine Lösung für das Problem gefunden werde. Es gehe nicht einmal um die Verbesserung, aber um die Normalisierung der Beziehungen. Sie könnte nur mit einer bedingungslosen Rückgabe des gesamten Eigentums an Russland erfolgen.

„Es gibt keine Alternative als zu verhandeln. Dies ist keine Situation, in der wir zu einem Ergebnis kommen könnten, wenn eine Partei sagt: ‚Wir haben die Russen erdrückt. Und endlich haben wir bekommen, was wir wollten.‘ Es gibt ein sehr gutes Beispiel – den Start*-Vertrag. Die Einigung ist gut, wenn die beiden Parteien sagen: ‚Wir haben gemeinsam gewonnen.‘“



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/06/4228839_0:18:3073:1746_1920x0_80_0_0_8d03485c902cf952dc3ef9505942c000.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 06.11.2021 In den letzten 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.**

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus **Mineralnoje** mit großkalibriger Artillerie beschossen und 8 152mm-Artilleriegranaten abgefeuert. Kämpfer der 54. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko von den

Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus **Staromichajlowka** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 93. Brigade von den Positionen im Gebiet von Bogdanowka aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij das Gebiet von **Styla** mit 120mm-Mörsern beschossen und fünf Mörsergeschosse abgefeuert. Kämpfer der 128. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Lebedinskoje aus **Sachanka** mit fünf Granaten aus Antipanzergranatwerfern beschossen. Die ukrainische Seite im GZKK ignoriert weiter die Anfragen nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen bewaffneten Formationen in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wohngebiet von Mariupol.

Nach Angaben unserer Aufklärung wird im Stab der OOS aktive Arbeit zur **Planung von Feuerprovokationen an der Kontaktlinie** durchgeführt.

Festzustellen ist die Arbeit von Offizieren des 74. Aufklärungsbataillons auf den Positionen der 93. und 128. Brigade in der OOS-Zone zur Bewertung von Gebieten für Provokationen in Richtung Mariupol.

Außerdem wurde im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ mit der Planung des Einsatzes der in der OOS-Zone eingetroffenen Kräfte und Mittel der 55. Artilleriebrigade in Richtung Gorlowka begonnen.

Wahrscheinlich plant das Kommando der OOS, die Versuche der Destabilisierung der Lage im Donbass fortzusetzen, unter anderem durch Beschuss von Ortschaften. Wir empfehlen dem ukrainischen Kommando nachdrücklich, von ihren verbrecherischen Plänen Abstand zu nehmen, weil Akte der Aggression nicht ohne eine entsprechende Reaktion bleiben werden.

Wir erhalten weiter Informationen über einen kritisch schlechten moralisch-psychischen Zustand der ukrainischen Kämpfer in der OOS-Zone. In der Mehrzahl der Fälle hängt dies mit der Verletzung der vorgesehenen gegenseitigen Beziehungen, regelmäßigen Geldabzügen, dem Ignorieren ihrer Verpflichtungen zur Kontrolle der Dinge in den Einheiten durch die Brigadekommandeure sowie der minderwertigen materiellen, Lebensmittel- und medizinischen Versorgung zusammen. In der Folge blüht in den Einheiten Drogen- und Alkoholabhängigkeit sowie zahlreiche Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Dienstpostens und der Kampfpositionen.

So wurde uns von unseren Quellen in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ bekannt, dass Kräfte der Nationalgarde und des militärischen Rechtsordnungsdienstes gemeinsam Suchmaßnahmen im Zusammenhang mit dem eigenmächtigen Verlassen des Stationierungsorts der 128. Brigade durch den Unteroffizier Kossyrew durchführen.

Der Kämpfer tat Dienst als leitender Soldat einer Granatwerferabteilung des 1.

Gebirgssturmataillons und wandte sich mehrfach an das Kommando bezüglich der Notwendigkeit seines Abzugs aus der OOS-Zone aufgrund aufgekommener familiärer Probleme.

Außerdem ist bekannt, dass Kossyrew die Kampfpositionen mit seiner persönlichen Waffe und Munition bereits am 30. Oktober verließ, dies aber erst am 4. November an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung gemeldet wurde, was von Versuchen zeugt, diesen Sachverhalt gegenüber dem übergeordneten Kommando zu verheimlichen.

Bei einer Ermittlung zu diesem Fall und der Befragung von Kameraden des geflohenen Kämpfers stellte sich heraus, dass unter dem Personal der 128. Brigade die Meinung verbreitet ist, dass die Fälle von Flucht im Zusammenhang mit der Verzögerung der Rotation der Einheiten des Verbandes aus der OOS-Zone weitergehen werden.

Eine solche Lage der Dinge ist auch in anderen Verbänden und Truppenteilen zu beobachten. Vor dem Hintergrund zahlreicher Erklärungen offizieller Personen und militärischer Leiter der Ukraine über die hohe Kampffähigkeit der Streitkräfte des Landes ist eine Verstärkung des Unwillens der ukrainischen Soldaten selbst festzustellen, den Militärdienst fortzusetzen. Insbesondere wurde nach Angaben von Quellen im operativen Kommando „Süd“ in der letzten Woche eine komplexe Überprüfung zur Bewertung des moralisch-psychischen Zustands der Soldaten der unterstellten Verbände und Truppenteile durchgeführt, die zeigte, dass mehr als 70% der ukrainischen Soldaten nicht bereit sind, ihre militärische Pflicht im Falle des Beginns groß angelegter Kampfhandlungen zu erfüllen.

Es ist festzustellen, dass eine anonyme Befragung in der 56. Panzergrenadierbrigade, deren Einheiten sich auf dem Übungsplatz „Schirokij Lan“ in der Oblast Nikolajewka befinden, vor dem Abmarsch in die OOS Zone zeigte, dass die Soldaten bereits nicht mehr von Versprechungen des Kommandos über die rechtzeitige Auszahlung von „Kampf“-zuschlägen motiviert werden. Außerdem rufen die ständigen Verzögerungen der Rotation aus der OOS-Zone die Unzufriedenheit der ukrainischen Soldaten hervor.

Der Gegner vermint weiter Örtlichkeiten und gefährdet so die Einwohner der frontnahen Bezirke.

Im Zusammenhang damit waren Einwohner von Taramtschuk gezwungen, sich selbständig an die britisch-amerikanische karitative nicht kommerzielle Organisation „Halo Trust“, die sich mit der Unschädlichmachung von Bodenminen befasst, mit der Bitte zu wenden, eine Minenräumung eines Waldstreifens, der südlich an die Ortschaft grenzt, vorzunehmen.

Auf die Anfrage der örtlichen Einwohner eingehend haben die zivilen Rettungskräfte von „Halo Trust“ mit der Minenräumung in dem genannten Gebiet begonnen. Während der Arbeit fuhr ein Militärlastwagen des 46. Sturmbataillons „Donbass“ zu ihnen, die aus ihm aussteigenden Kämpfer forderten unter Einsatz von Waffen, die Arbeit zur Entminung der Örtlichkeit einzustellen. Im Zusammenhang mit waren die Vertreter von „Halo Trust“ gezwungen, die Arbeiten einzustellen und das Gebiet zu verlassen.

Wir rufen die Einwohner von Taramtschuk und der nahegelegenen Ortschaften auf, äußerst wachsam und vorsichtig zu sein, um nicht auf ukrainische Minen zu geraten. Wir bitten alle bekannt gewordenen Fälle von Verminung von Örtlichkeiten durch Einheiten der BFU Mitarbeitern der OSZE telefonisch oder über E-Mail zu melden (Angabe der Nummern) sowie der Staatsanwaltschaft und der militärisch-zivilen Verwaltung.

snanews.de: „US-Militärpräsenz im Schwarzen Meer entfalten“: Kongress-Abgeordnete appellieren an Biden – Bericht

Die Abgeordneten der Republikanischen Partei im US-Kongress, Mike Rogers und Mike Turner, haben laut einem Medienbericht den Präsidenten Joe Biden aufgefordert, der Ukraine weiterhin Waffen zu liefern und die Präsenz des US-Militärs im Schwarzen Meer angesichts der „Gefahr einer russischen Invasion“ zu entfalten.

„Angesichts der jüngsten Konzentration der russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine fordern wir Ihre Regierung dringend auf, unverzüglich und schnell Maßnahmen zu ergreifen, um die Ukraine in Form von Geheimdienstinformationen und Waffen zu unterstützen“, berichtete das Militär-Fachblatt „Defense News“ unter Verweis auf ein ihm zur Verfügung stehendes Schreiben von beiden Abgeordneten.

Sie riefen Biden auch dazu auf, die „US-Militärpräsenz im Schwarzen Meer zu entfalten, um eine russische Invasion zu verhindern“.

„Außerdem fordern wir Sie dringend auf, unverzüglich eine angemessene US-Militärpräsenz in der Region in Betracht zu ziehen und geeignete Aktivitäten zum Austausch von Informationen zwischen den USA und der Ukraine einzuleiten, um eine weitere Eskalation der Situation zu verhindern“, so der Appell.

Zuvor hatte die US-Zeitung „Washington Post“ unter Berufung auf eigene Quellen berichtet,

dass mehrere US-amerikanische und europäische Beamte besorgt über die angebliche „erneute Konzentration russischer Truppen“ nahe der Grenze zur Ukraine seien. Eine solche Entwicklung sei vor allem in den Wochen bemerkt worden, nachdem Russland ein großes gemeinsames Manöver mit Weißrussland „Sapad 2021“ abgeschlossen habe. Auch die US-Zeitung „Politico“ hatte Satellitenbilder veröffentlicht, die nach Angaben von Journalisten den Einsatz des russischen Militärs „an der Grenze zur Ukraine“ zeigen. Tatsächlich handelte es sich aber um die Region Smolensk, die gar nicht an die Ukraine grenzt.

Das russische Außenministerium hat Berichte mehrerer westlicher Medien dementiert, wonach Russland angeblich Truppen an die Grenze zur Ukraine verlegen würde. Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, Russland würde seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums und nach eigenem Erachten verlegen. Dies bedrohe ihm zufolge niemanden und sollte niemanden beunruhigen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/1e/338575_0:173:3031:1877_1920x0_80_0_0_10c84fc8197873e5eba82db3e5db2e02.jpg

snanews.de: **Russland teilt die Bedenken Chinas und der ASEAN-Staaten wegen AUKUS – Diplomat**

Die Besorgnis Chinas und der Mitgliedstaaten des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) über den Sicherheitspakt zwischen Australien, Großbritannien und den USA (AUKUS) wird laut dem stellvertretenden Leiter der russischen Delegation im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung, Andrej Beloussow, auch von Russland geteilt. „Wir teilen die von China im ersten Ausschuss geäußerten Bedenken“, teilte Beloussow am Samstag gegenüber SNA mit. Auch die ASEAN-Länder hätten ernsthafte Besorgnisse geäußert, weil sie in dieser trilateralen technischen Partnerschaft eine Bedrohung für die regionale Sicherheit sehen.

„Indonesien und Malaysia zum Beispiel sagten, dass die Umsetzung dieser Initiative zu einem Wettrüsten in der Region führen könnte“, erklärte der Diplomat.

Auch zusätzliche Informationen würden benötigt, so Beloussow weiter, um zu verstehen, wie die AUKUS-Teilnehmerländer ihre Zusammenarbeit konkret umsetzen wollen. „Erst wenn wir umfassende Informationen erhalten haben, können wir Schlussfolgerungen ziehen“, stellte der Diplomat fest.

Das betreffe insbesondere die Auswirkungen, die diese Initiative auf die Sicherheit sowie auf die Verpflichtungen Australiens, Großbritanniens und der USA hinsichtlich des Atomwaffensperrvertrags und anderer internationaler Abkommen haben könnte, fügte Beloussow hinzu.

AUKUS-Verteidigungspakt

Mitte September hatten der australische Premierminister Scott Morrison zusammen mit

seinem britischen Amtskollegen Boris Johnson und dem US-Präsident Joe Biden die Gründung einer neuen Verteidigungs- und Sicherheitspartnerschaft AUKUS verkündet, um die gemeinsamen Interessen der Länder im indopazifischen Raum zu schützen.

Als erster Schritt im Rahmen des AUKUS-Verteidigungspakts beschloss die australische Regierung, eine U-Boot-Technologie mit Nuklearantrieb für die Royal Australian Navy zu entwickeln. Dafür musste Canberra jedoch das 66-Milliarden-Dollar-Abkommen mit dem französischen Unternehmen Naval Group über den Bau von diesel-elektrischen U-Booten aufgeben.

Die Aktion löste Ärger seitens Frankreichs aus: Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian bezeichnete die Entscheidung Australiens als „einen Stich in den Rücken“. Der französische Botschafter in Canberra, Jean-Pierre Thébault, warf der australischen Regierung ferner einen „vorsätzlichen Betrug“ vor.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/1d/328851_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_bab2f752f78881eb7aa761f78fd8f254.jpg

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden drei Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. **In Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit einem Antipanzergrenatwerfer beschossen.

In Richtung Slawjanoserbsk haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Frunse** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen und neun Mörsergeschosse abgefeuert.

In Richtung Staniza Luganskaja haben Kämpfer der 79. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Luzenko von den Positionen im Gebiet von Bolotennoje aus **Nikolajewka** mit 82mm-Mörsern beschossen und acht Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen sind nicht eingegangen. ...

Wir erhalten weiter **Informationen über Verbrechen der ukrainischen Kämpfer gegenüber der Zivilbevölkerung** in dem von Kiew kontrollierten Territorium.

Nach Mitteilung von Einwohner fand gestern in Nowoachtyrka ein Streit von Einwohnern dieser Ortschaft mit Kämpfern der 57. Brigade statt, die ein Haus wegen Baumaterialien auseinandernahmen und versuchten Kohle und anderes Material in einem Auto abzutransportieren. Örtliche Einwohner blockierten die Straße und ließen die Plünderer nicht passieren.

Infolge einer Auseinandersetzung erlitten die Kämpfer der 57. Brigade erhebliche

Körperverletzungen und waren gezwungen, das Diebesgut zurückzulassen und eilig die Ortschaft zu verlassen, wobei sie das Auto zurückließen.

So ist Plünderung und Raub bei friedlichen Einwohnern des von Kiew kontrollierten Territoriums des Donbass durch sogenannte „Verteidiger“ der Ukraine schon zu etwas Gewöhnlichem geworden.

snanews.de: **Vier Frauen in Nordafghanistan ermordet – Taliban melden Festnahmen**

Vier Frauen, unter ihnen eine Bürgerrechtsaktivistin, sind diese Woche in der nordafghanischen Stadt Mazar-i-Sharif ermordet worden. Die Taliban haben Festnahmen gemeldet.

Der Sprecher des Taliban-geführten Innenministeriums, Qari Saeed Khosty, teilte am Samstag mit, dass zwei Tatverdächtige festgenommen worden seien. Diese hätten nach einem Verhör gestanden, dass sie ihre Opfer in ein Haus eingeladen hätten, sagte Khosty, ohne weitere Details zu nennen.

Die Frauen waren tot in dem Haus im Wohngebiet Shahrak Khalid in Mazar-i-Sharif aufgefunden worden. Angehörige eines der Opfer sagten einem örtlichen Radiosender, dass die Aktivistin namens Frozan Safi vor mehr als zwei Wochen über ein Drittland nach Deutschland evakuiert werden sollte. Als sie nichts mehr von ihr hörten, hätten sie gehofft, die Frau sei bereits außer Landes. Die Identität der übrigen drei Opfer war zunächst nicht bekannt.

Die für Frauenrechte zuständige stellvertretende Direktorin der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, Heather Barr, sprach jüngst von einer „fürchterlichen Eskalation“ der Übergriffe gegen Aktivistinnen in Afghanistan, die sich seit der Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban im August intensiviert habe. Seither dürfen Frauen nicht zurück an ihre Arbeitsplätze, und Mädchen dürfen nicht über die Primärschule hinaus unterrichtet werden, auch wenn die Taliban anderes versprochen hatten. Straßenproteste von Aktivistinnen wurden gewaltsam unterdrückt, viele von ihnen flohen aus dem Land.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/0e/3960363_0:161:3069:1887_1920x0_80_0_0_a58e785c97606b6f059219fb50bb778a.jpg

snanews.de: **Telefonat Lawrow-Abdollahian: Aussichten für Neustart der Atomverhandlungen im Fokus**

Die Außenminister Russlands und des Irans, Sergej Lawrow und Hossein Amir Abdollahian, haben am Samstag in einem Telefongespräch die Perspektiven für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Atomdeal in Wien erörtert. Dies teilte das Außenministerium Russlands mit.

Die Verhandlungen zur Wiederaufnahme des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans

(JCPOA) für das iranische Nuklearprogramm und die Aufhebung der US-Sanktionen sollen am 29. November wiederaufgenommen werden.

Nach Angaben des Außenministeriums hat das Telefonat auf Initiative der iranischen Seite stattgefunden.

„Das Hauptaugenmerk galt der Situation um den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) für das iranische Nuklearprogramm und die Perspektiven für die Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses zu JCPOA. Die Seiten sprachen sich für die Wiederaufnahme des ‚Nukleardeals‘ und dessen ursprüngliche ausbalancierte Konfiguration aus, die vom UN-Sicherheitsrat gebilligt wurde. Bestätigt wurde, dass dies der einzig richtige Weg zur Gewährleistung der Rechte und der Interessen aller Teilnehmer der umfassenden Vereinbarungen sei“, hieß es beim Außenamt.

Die Gesprächspartner behandelten außerdem das Thema des bevorstehenden Besuchs von IAEA-Generalsekretär Rafael Grossi in Teheran und etliche aktuelle Fragen der bilateralen und der regionalen Tagesordnung, darunter die Situation in Afghanistan und um dieses Land sowie die Sachlage in Südkaukasien.

Großbritannien, Deutschland, China, Russland, die USA, Frankreich und der Iran hatten im Jahr 2015 den JCPOA beschlossen. Das Abkommen sah die Aufhebung der Sanktionen im Austausch gegen die Einschränkung des iranischen Nuklearprogramms als Garantie dafür, dass Teheran keine Kernwaffen besitzt. Im Mai 2018 traf der damalige US-Präsident Donald Trump den Beschluss über den einseitigen Ausstieg aus dem Atomdeal und die Wiederaufnahme harter Sanktionen gegen Teheran. Daraufhin kündigte der Iran eine schrittweise Reduzierung seiner Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens an und lehnte dabei die Einschränkungen bei Atomforschungen, der Arbeit an Zentrifugen und der Urananreicherung ab.

In Wien laufen Verhandlungen über die Wiederaufnahme des JCPOA und die Aufhebung der US-Sanktionen gegen den Iran. Am 20. Juni wurde die sechste Gesprächsrunde abgeschlossen. Laut dem ständigen Vertreter Russlands bei den internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, sei die Arbeit zur Wiederaufnahme des Abkommens zu fast 90 Prozent beendet. Es blieben noch politische Details, die mit den Verpflichtungen der USA und mit der Art und Weise verbunden seien, wie Washington ihnen in Zukunft nachkommen werde, so Uljanow.

Jake Sullivan, Sicherheitsberater des US-Präsidenten Joe Biden, hat Ende Oktober mitgeteilt, dass die USA bereit seien, die gutnachbarlichen Verhandlungen mit dem Iran zur Wiederaufnahme des Nukleardeals wiederaufzunehmen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/03/1e/1496666_0:104:3147:1874_1920x0_80_0_0_c7cb8f06483b7870c828d3806ec3beba.jpg